

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878**

14.2.1878 (No. 38)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 14. Februar.

No. 38.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1878.

## Amtlicher Theil.

Seine Könialiche Hoheit der Großherzog haben unter dem 9. d. Mts. gnädigst geruht, dem Kommandanten des III. Gendarmeriedistrikts Hauptmann Seel den Charakter als Major zu verleihen; den Privatdozenten Dr. Otto Bütschli am Polytechnikum in Karlsruhe zum ordentlichen Professor für Zoologie und Paläontologie an der Universität Heidelberg und den Lehramts-Praktikanten Georg Friedrich Emlein am Gymnasium in Baden zum Professor an dieser Anstalt zu ernennen, sowie den Vorstand der höheren Bürgerschule in Karlsruhe, Professor Karl Damm, auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit, unter Anerkennung seiner vielfährigen, treu geleisteten Dienste, auf Schluß des laufenden Wintersemesters in den Ruhestand zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Stuttgart, 12. Febr. Bischof Desele hat für den nächsten Montag in allen katholischen Pfarrkirchen des Landes ein Traueramt für die Seelenruhe des verstorbenen Papstes, ferner vom gleichen Tage an drei Tage lang jeden Mittag ein einstündiges Stodengeläute und bis zur Beendigung der Papstwahl Gebete für dieselbe angeordnet.

Pala, 12. Febr. Das Kajemattschiff „Kaiser“ wird heute nach der Levante abgehen; die Panzerfregatte „Habsburg“ mit dem Contreadmiral Barry wird demselben wahrscheinlich morgen folgen.

Berlins, 12. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer stellte Mun (ultramontan) eine Anfrage wegen eines das Conclave beleidigenden Artikels des Journals „Reveil“. Er möchte wissen, ob das Ministerium gesonnen sei, diesen Skandal zu dulden. Maréce antwortete, das Ministerium gedenke keinerlei Skandal, woher derselbe auch komme, zu dulden, habe aber geglaubt, den Gerichten die Initiative in Betreff des einzuschlagenden Verfahrens überlassen zu sollen. Der Zwischenfall ist damit geschlossen.

### Krieg und Friede.

London, 12. Febr. (Tel. B.) Die Panzerschiffe der Kanalslotte sind sofort nach Gibraltar beordert, und zwar in Folge der türkischen Weigerung, die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten. Der Ministerrath tagt.

Die Londoner Morgenblätter vom 11. Februar bringen folgende telegraphische Nachrichten:

Konstantinopel, 9. Febr. Alles ruhig. Russische Offiziere kommen frei herein. Die Eisenbahn nach Adrianopel wird morgen eröffnet.

Syra, 8. Febr. Hr. Layard glaubt anscheinend an gemeinsames Vorgehen des Reichs und Englands. Graf Jichy erklärt, nichts von solchem Vorgehen zu wissen.

Am Samstag ward Rodosto von den Russen unter dem Prinzen von Oldenburg besetzt. Der italienische Postdampfer ward angehalten.

### Madelaine.

Nach dem Englischen von Elisa Rodra.

(Fortsetzung aus der Beilage Nr. 37.)

Ueber den wirklichen Rang dieses Waters hatte sie nicht die leiseste Vermuthung. Daß er reich war, wußte sie, das war aber auch Alles — und was gilt Geld einer Frau, die nach Liebe hungert und düstet.

„Die Liebe dieser Frau für das Kind hat etwas Grauentregendes,“ dachte Doktor Letson. „Sie ist von Natur gut, hingebend, fest und treu, aber in Bezug auf die Kleine ist sie zu Allem fähig.“

So vergingen zwei und ein halbes Jahr und das zarte, wunderbar anmuthige Kind war das Lebenslicht für diese zwei einsamen Herzen geworden. Nach sechs Monate, und sie sollten sie verlieren, denn Doktor Letson wußte sehr wohl, daß, wenn der Graf am Leben blieb, sein Sohn ihm nach Ablauf der drei Jahre die Mitteilung von seiner Getraht machen würde.

An einem hellen sonnigen Junitage ging der Doktor nach Ashwood hinaus. Er hatte ein kleines Mädchen mit Kuchen und Obd und eine herrlich, königlich gekleidete Puppe bei sich.

„Madelaine!“ rief er, als er in das Häuschen trat, und sie lief ihm eilig entgegen. „Möchtest du morgen mit mir ansfahren?“ fragte er dann. „Ich fahre nach Corfel und verspreche dir, dich mitzunehmen, wenn du ein artiges Kind sein willst.“

Das versprach sie bereitwillig — denn eine Spaziersahrt mit dem guten Doktor erschien ihr als die höchste Wonne ihres Lebens.

„Begleiten Sie sie morgen Nachmittag gegen drei Uhr zu mir, Mrs. Dornham,“ sagte Doktor Letson, „dann werde ich sie mitnehmen.“

Margarethe versprach, sich pünktlich einzufinden. Als es Zeit war, ging sie mit der Kleinen, der sie ein hübsches weißes Kleidchen ange-

ein russischer Beamter an Bord besördert und dann nach Gallipoli geführt. Dort verweigerten die Türken die Erlaubniß, zu passieren. Ein hier gestern angekommenes Schlepsschiff aus Rodosto meldet, die Ordnung sei vollständig. Die Zaptiehs sind als Polizei organisiert unter russischen Offizieren. Die Truppen zählen für Alles. Telegraphendrähte überall gedrohen.

Die Aufhebung des Großvezierats wird dem Einfluß Layard's zugeschrieben.

Kadikoi (Hauptquartier Mustafa Pascha's), 7. Febr. Bei den Wassenstillstands-Verhandlungen kam die Frage nach der türkischen Flotte daran. Die Türken machten die wunderbare Erklärung, ihre Flotte sei bereits an England für Kriegsansehen verpfändet worden. Ich gebe diese Mittheilung mit Vorbehalt.

Kars, Samstag (9.). Ismail Pascha verweigerte die Uebergabe von Erzernum, da er keine Befehle habe. Er durfte nach Konstantinopel telegraphiren.

### Deutschland.

Karlsruhe, 13. Febr. Seine Könialiche Hoheit der Großherzog haben am heutigen Audienztag u. A. nachbenannte Herren vom Militär- und Civilstande empfangen: den Premierlieutenant v. Ragenek vom Rauenburgischen Jäger-Bataillon Nr. 9; den Feuerwerks-Premierlieutenant a. D. Thron; den Assistentenarzt 1. Klasse Dr. Schmelzopf vom 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14. Ferner: den Geheimrath Professor Dr. Gegenbauer von Heidelberg; den Professor Dr. Karlowa von da; den Rektor Lang von Offenburg; den Proceßor Rachel von hier; den Kammerjunker Freiherrn v. Göler von Sulzfeld; den Pfarrer Otto von Hög. — Die Audienz währte bis nach 3 Uhr Nachmittags.

Berlin, 10. Febr. (Allg. Z.) Die Versuche, außer der orientalischen Frage noch andere Gegenstände auf der bevorstehenden Konferenz zur Sprache zu bringen, erscheinen als gänzlich aussichtslos. Ebenwenig wie die Dänen eine Bepredung der nordschleswighigen Frage durchsetzen werden, haben die Polen Aussicht, die Bergewaltigung ihrer Landstele in russisch-Polen zum Gegenstande der Konferenzberathungen machen zu können. Die Mächte werden an einer Konferenz nur theilnehmen, nachdem das Programm derselben auf das Bestimmteste vereinbart und jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, daß eine andere, als die vorliegende orientalische Frage in den Kreis der Berathungen gezogen wird. — In Abgeordnetenkreisen verlautet, daß die auf die orientalische Frage bezügliche Interpretation der reichstreuen Parteien am Mittwoch auf die Tagesordnung gestellt werden wird. Es ist jedoch fraglich, ob, auch wenn Fürst Bismarck bis dahin zurückgekehrt ist, die Verantwortung schon an diesem Tage stattfinden kann, da, gutem Vernehmen zufolge, gerade jetzt sehr wichtige diplomatische Verhandlungen im Zuge sind, welche ein Hinausschieben der Verantwortung angezeigt erscheinen lassen dürften.

G. Berlin, 12. Febr. (Deutscher Reichstag. 3. Sitzung.)

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um halb 12 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrathes: Präsident des Reichstages-Comites Hofmann, Präsident des Reichs-Justizamts Dr. Friedberg, Königl. württembergischer Ministerpräsident Dr. v. Rittnacht, Geh. Regierungsrath Dr. Meyer, Geh. Rath Sage 2c. Eine sehr große Anzahl von Urlaubsgesuchen wird genehmigt.

zogen hatte, zur Stadt; und als sie ihn eben in seinem Salon erwarteten, wurde er — todt nach Hause gebracht!

Ein erklärlicher und doch entsetzlicher Zufall hatte ihn getödtet. Ein armer Mann war von einem Pferde geschlagen worden, aus Mangel an einem anderen Futterkomme hatte man ihn auf den Boden eines Stalles gebracht, wo der Doktor ihn verband. In dem Bodenraum befand sich eine offene Fallthür, durch die die Strohhalm und Heubündel hinauf und herabgebracht wurden. Niemand hatte daran gedacht, Doktor Letson zu warnen. Die Oeffnung war von Stroh verdeckt und er stürzte, als er schnell vorwärts eilte, hinab. Der einzige Trest war, daß er nicht lange gelitten hatte, der Tod erfolgte auf der Stelle und an dem floren Juni-Nachmittage, wo er mit der Kleinen Madelaine eine Spaziersahrt machen wollte, wurde er durch die sonnigen Straßen todt nach Hause getragen.

Margarethe Dornham und die Kleine erwarteten ihn eben, als der ernste Zug vor seiner Thüre anlangte.

„Der Doktor ist todt!“ rief Einer dem Andern zu.

Ein bestiger Schmerz durchstieß Margarethe. Todt! der gütige Mann, der ihr einziger Freund gewesen war, sollte todt sein! Am Ende würde man ihr nun das Kind abnehmen und sie dürfte es nicht wieder sehen!

Sie folgte einer inneren Eingebung, über die sie keine Rechenschaft geben konnte und für die sie kaum verantwortlich zu machen war, indem sie sich das Kästchen aneignete, das die Papiere enthielt, weil sie fürchtete, daß man ihr das Kind entreißen würde, wenn man den Inhalt erfahre. Mit der Schnelligkeit eines Gedankens ergriff sie das Kästchen, das immer im Salon auf einem Schränkchen stand, und verbarg es unter ihrem Tuche. Bis an ihr Lebensende konnte sie sich keine Rechenschaft über diese That geben. Sie wußte wohl, daß es in der Vermuthung, die unbedingt dem Unglücksfalle folgen mußte, nicht vermischt werden würde, und war außerdem ganz sicher, daß Niemand außer ihr und dem Vater des Kindes den Inhalt kannte.

Bier Mitglieder des Reichstages sind seit der letzten Session verstorben: Graf Kleist, Graf Schönborn, Hausmann (Eippe) und Graf Malchau-Militzsch.

Das Haus erhebt sich zum ehrenden Andenken der Verstorbenen. Der krankheitshalber noch nicht eingetretene Fürst Hohenzollern-Langenburg zeigt in einem Schreiben an, daß er die auf ihn gefallene Wahl zum zweiten Vizepräsidenten des Hauses annehme.

An Vorlagen sind eingegangen außer den bereits bekannten wegen Prästation der Darlehns-Kassenscheine des ehemaligen Norddeutschen Bundes und wegen des dem Reiche gehörigen Hauses in der Wobstraße, die Gesekentwürfe wegen Erhöhung der Tabaksteuer, wegen Erhebung der Reichs-Stempelabgaben. Die Stenoverlagen werden nach der Erklärung des Präsidenten morgen Abend im Druck vertheilt werden.

Es sind ferner eingegangen die Entschliefungen des Bundesrathes auf die Beschlässe und Resolutionen des Reichstages in den Sessionen von 1873-77 und eine größere Anzahl Denkschriften und Uebersichten.

Der Abg. Veder (Oldenburg) zeigt dem Reichstage seine am 1. Januar cr. erfolgte Ernennung zum Präsidenten des Obergerichts zu Oldenburg an, ist aber der Ansicht, daß er dadurch seines Mandates nicht verlustig gegangen sei. Die Angelegenheit wird der Geschäftsordnungs-Kommission zur Begutachtung überwiesen.

Nach Mittheilung der Resultate der Konstituierung der Abtheilungen, Wahl und Konstituierung der Sachkommissionen ward in die Tagesordnung eingetreten. Erster Gegenstand derselben ist die erste Berathung des Entwurfs einer Rechtsanwalts-Ordnung.

Zur Einleitung der Berathung ergreift das Wort der

Präsident des Reichs-Justizamts Dr. Friedberg: M. H., gestatten Sie mir, mit einigen Worten auf den Entwurf einzugehen. Ich will nicht auf die Schwierigkeiten hinweisen, welche gerade bei diesem Entwurfe zu überwinden waren, denn die Anlage, welche dem Entwurfe beigegeben ist, bezüglich der in den einzelnen Ländern bestehenden Provis, ist zugleich eine Darstellung dafür, welche außerordentlich disparate Gegensätze auszugleichen waren. In einem Theile des Reiches hat sich die Avvokatur wie ein freies Gewerbe entwickelt, in einem anderen Theile hat es sich wieder wie ein staatliches Amt ausgebildet. Da galt es, die zu einer einheitlichen Gestaltung nothwendige vermittelnde Linie zu ziehen, welche den Uebergang aus der Vergangenheit in die neue Zeit, ohne zu schroff mit der Vergangenheit zu brechen, bewirkte. Die bei Gelegenheit der großen Justizvorlagen von Ihrer Justizkommission, welche diese Materie mit erhebigen zu wissen geglaubt hatte, geschaffene Arbeit ist dem Bundesrathe außerordentlich zu Statten gekommen. Die Kommission war bei ihren Beschlässen mit der außerordentlichsten Vorsicht zu Werke gegangen und hatte eine Reihe von Postulaten von sich zurückerweisen zu müssen geglaubt, weil sie hauptsächlich den Bedürfnissen des realen Lebens Rechnung tragen sollte und nicht Postulaten der Doktrin. Nun will ich gern bekennen, daß der vorliegende Entwurf noch über diese Vorsicht der Kommissionsbeschlässe hinausgegangen ist, und es steht zu erwarten, daß diese Differenzpunkte hauptsächlich das Feld sein werden, auf welchem sich die Debatten hier im Hause, sowie die Unterhandlungen zwischen dem hohen Hause und dem Bundesrathe bewegen werden. Die Grundprinzipien, von denen der Entwurf ausgeht, sind, daß der amtliche Charakter der Anwaltschaft aufgehört, daß die Ansprüche an die Befähigung zum Rechtsanwalt eben so zu stellen seien, wie beim Richter, und daß die Rechtsanwaltschaft lokalisiert werde. Was den sogenannten Spenparagraphe angeht, so habe ich Folgendes zu bemerken. Ich will kein Hehl daraus machen, daß er mir in jeder Form — auch Ihre Kommission hatte ihn bereits in den Entwurf

Sie hielt sich nicht lange bei der traurigen, aufregenden Szene auf, sondern nahm das Kind in ihre Arme, damit es das Antlitz des Todten nicht sehen sollte, und eilte ihrer Wohnung, die Beweise für die Identität des Kindes mit sich nehmend, zu.

Der Doktor wurde begroben und mit ihm schienen alle Spuren von dem Kinde geschwunden. Man durchsuchte das Haus sorgfältig, um vielleicht irgendwo Briefe aufzufinden, die die Adresse ihres Vaters enthielten, aber Stephan Letson hatte, seinem Versprechen getreu, das Geheimniß unergründlich bewahrt. Es fand sich nichts vor, was den geringsten Aufschluß geben konnte, weder ein Brief, noch eine Notiz, und so kam man allmählig zu der Ueberzeugung, daß es am besten sei, das Kind an seinem jetzigen Aufenthaltsorte zu belassen, da sein Vater ja unbedingt seiner Zeit die Kunde von dem Tode des Doktors erhalten und sich sein Kind abholen würde. So kam der September mit dem ganzen Farbenreichtum des herrlichen Laubes heran. Es waren nun gerade seit Lady Charlewood's Tode drei Jahre verfloßen und da trat die schwerste Prüfung ihres Lebens an Margarethe Dornham heran. (Fortsetzung folgt.)

Lörrach, 11. Febr. Zu meinem Berichte über die Vererdigung der Frau Peter Köchlin Witwe bemerke ich noch, daß Ihre Könialiche Hoheit die Großherzogin einen prachtvollen Kranz aus natürlichen Blumen als Grabespende den Angehörigen der Verewigten übersandte. — Der Verwaltungsrath der Kreis-Hypothekbank beschloß in seiner gekrigen Sitzung vorbehaltlich Genehmigung der Generalversammlung vom 1877er Jahresnutzen 6 1/2 Proz unter die Aktionäre zu vertheilen. Die Aktien I. Serie erhalten somit eine Dividende von 25 M. per Stück, die Aktien II. Serie eine solche von 11 M. per Stück.

Baden, 11. Febr. In der vorgestern stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung der altkatholischen Gemeinde wurde Martin v. Kitz als Seelsorger für die altkatholische Gemeinde hier gewählt und hat die Wahl auch angenommen.

ausgenommen — sei es in dieser, oder der des Bundesrates, immer eine Mißempfindung erweckt hat und ich wohl gewünscht hätte, denselben entbehren zu können. Ich bin aber doch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß er nicht zu entbehren ist, will man nicht Justizverwaltung und Rechtspflege schweren Schäden aussetzen. Nach dieser reiflichen Ueberlegung ist der Paragraph beibehalten worden. Was nun schließlich die Zulassung als Rechtsanwalt beim Reichsgericht betrifft, so hat der Bundesrat die Einwilligung des Reichskanzlers für nötig erachtet; derselbe soll jedoch verpflichtet sein, die Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht und dieses selbst zu hören. Die Motive zu dieser Bestimmung ergeben sich aus der ganz exceptionellen Stellung des Reichsgerichts, welche eine möglichst in sich geschlossene sein muß. Diese Ansichten beruhen nicht auf Abstraktion, sondern sie sind hervorgegangen aus bereits gemachter Erfahrung. Dieses sind die Gesichtspunkte, von denen der Bundesrat bei Schaffung der Vorlage ausgegangen ist. Sind auch gegentheilige Ansichten zu erwarten, so hoffe ich doch, daß die Arbeit zu einem gedeihlichen Ende wird geführt werden können.

Abg. Hofmann: Der Entwurf, den uns die Regierung hier zur Beratung vorlegt, weicht in erheblicher Art von demjenigen ab, welchen die große Justizkommission bei Gelegenheit der Durchberatung der Justizorganisations-Gesetze nach mühevoller Arbeit dem Hause empfohlen zu müssen glaubte. Das Beste wäre es gewesen, wenn die Regierung voll und ganz demselben ihre Zustimmung erteilt hätte. Seit Jahrzehnten schon geht der Wunsch nach der freien Advokatur von den Beteiligten und in dieser Frage kompetentesten Kreisen aus, auch der deutsche Juristentag hat sich nach derselben Richtung hin ausgesprochen. — Redner verteidigt des Weiteren die freie Advokatur und schließt mit den Worten: Die verbündeten Regierungen sollten endlich aufhören, mit allzu großer Vorsicht und Langsamkeit dem Reichstag gegenüber zu treten, sie sollten ein freies Schaffen gestatten, damit wir nicht hinter jenen Staaten zurückbleiben, welche den Segen der freien Advokatur schon lange genießen. (Beifall.)

Abg. v. Gölzer: Die Vorfragen, auf welchen der Gesetzentwurf beruht, die Frage, ob freie Advokatur oder geschlossene Rechtsanwaltschaft, ist für uns, meine politischen Freunde und mich, nicht brantwortet. Dadurch ist unsere Stellung einfach gekennzeichnet, wir sind dem Entwurf weder ablehnend noch freundlich gesinnt. Von allen Staaten, in denen die freie Advokatur existiert, erörtern Klagen. Der Ruf nach derselben datirt bei uns in Preußen von der Zeit her, als Ueberfluß an juristischen Kräften einzutreten schien. Nur in Ländern, wie England, wo ein Aufsteigen von der Advokatur in den Richterstand möglich und geboten ist, kann sich eine freie, kräftige Advokatur entwickeln. Bei der ferneren Frage, ob es notwendig ist, die Grundzüge für die Regelung der Advokatur zu schablonisieren, stehen wir auf dem Standpunkte des Hrn. Dr. Gneiss, der im Jahre 1867 ausdrücklich davor warnte, die freie Advokatur einheitlich regeln zu wollen. Hat man die einheitliche Justizentwicklung eingeleitet und so weit ausgeführt, warum soll man denn Halt machen vor einer Rechtsanwalts-Ordnung mit einheitlichen Normen? Müßte man eine Schablone finden, so würde sie sich leichter auf dem Gebiete der freien Advokatur ergeben. Nach Darlegung dieses unseres Grundgedankens gibt es für uns nur zwei Fragen: Wie erfüllte der Gesetzgeber, der den Anwaltszwang einführt, das Bedürfnis des Volkes nach einem sicheren Rechtsschutz in qualitativer Hinsicht? In qualitativer Hinsicht ist die Sicherheit richtig und genügend, in quantitativer aber macht sich der Entwurf die Sache leicht, indem er die Frage nur in Beziehung auf die Gerichte löst, wo der Anwaltszwang besteht, also in Bezug auf die Landgerichte und Oberlandesgerichte. Für kleinere Staaten wird die durch § 11 der Justizverwaltung erteilte Befugnis ausreichen, um den notwendigen Ausgleich zwischen den einzelnen Gerichten eintreten zu lassen, nicht aber für Preußen. Sollte man hier den Muth haben, von solchem Paragraphen energisch Gebrauch zu machen, so würde das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung eintreten. Meiner Ansicht nach müßte die Sperre nur eintreten können, wenn in demselben oder einem benachbarten Oberlandesgerichts-Bezirk ein Mangel an Anwälten sich herausstellt, nicht im ganzen Gebiet des preussischen Staates und daß die Sperre dann obligatorisch wäre und nicht in die Fakultät der Justizverwaltung gelegt ist. Redner exemplifizirt hierbei auf die Verhältnisse Westpreußens und sucht zu beweisen, daß der dortige enorme Mangel an Rechtsanwältinnen dazu führen werde, daß kaum zur Befriedigung der Landgerichts-Advokatenstellen die vorhandene Anzahl von Rechtsanwältinnen ausreichen werde. Noch schlimmer würden sich die Verhältnisse bezüglich der Amtsgerichte gestalten. Schließlich faßt Redner seine Ansichten dahin zusammen: Wir folgen dem Drange der Verhältnisse, wenn wir am Zustandekommen dieses Gesetzes mitwirken, mit dem Bewußtsein, daß dasselbe von einem großen Theile des deutschen Volkes, insbesondere von unseren altpreussischen Provinzen, große Opfer erfordert, welche für die Bevölkerung erkennbarer hervortreten werden, als die anzuerkennenden politischen Vortheile, welche der Fortschritt auf dem Gebiete der deutschen Rechtseinheit in sich trägt. (Beifall.)

Abg. Schmidt (Württemberg) erkennt an, was der Staatssekretär Dr. Friedberg ausgesprochen hat, daß es eine sehr schwierige Aufgabe war, die Vermittlung zwischen allen Gegensätzen zu finden, welche sich bei Regelung der vorliegenden Frage herausstellten, und ist der Ansicht, daß es dem vorliegenden Entwurf auch wirklich gelungen sei, diejenige Konfession zu finden, auf deren Basis man eine Rechtsanwalts-Ordnung für Deutschland schaffen kann. Die Vorlage hat im Wesentlichen allerdings das Richtige getroffen. Einige Punkte der Vorlage sind für mich aber dennoch nicht annehmbar. Es sind das die Bestimmungen, welche nicht bloß die Zulassung, sondern auch die Rückkehr zur Advokatur betreffen. Die hierfür in der Vorlage gestellte Forderung enthält eine außerordentliche Härte, ja eine gewisse Grausamkeit. Würde die Bestimmung, wonach Derjenige, der einmal im Staatsdienst gewesen ist, nicht ohne Erlaubnis zur Advokatur zurückkehren darf, Gesetz, so würde dies einem Zwange, im Staatsdienste zu verbleiben, gleichen. Dies ist weder sachlich richtig, da gerade aus den Staatsdienern sich eine tüchtige Rekrutierung des Advokatenstandes ergeben würde, noch auch politisch. Für Juristen im Staatsdienste, deren Anschauungen von denen der königlichen Staatsregierung abzuweichen, muß die Advokatur alle Zeit ein offenes Refugium sein. Die Einführung der Staatsanwaltschaft und der Ehrengerichte der Rechtsanwaltschaft. Es handelt sich bei dieser großen Frage nicht bloß darum, daß der Rechtsanwalt ein wesentliches Bauelement in der Justizverwaltung selbst ist, sondern der Rechtsanwalts-Stand ist auch ein

wichtiger Bauelement des ganzen sozialen und staatlichen Gebäudes. Ich bitte Sie, die von mir vorgetragene Bedenken einer Erwägung zu unterziehen, den verbündeten Regierungen aber möchte ich die Bitte ausgesprochen, daß sie das Ziel, welches von allen Rednern als ein notwendig zu erreichendes hingestellt wird, durch Befestigung der Gegensätze erleichtern mögen.

Abg. Windthorst (Weppen): Es ist nicht meine Absicht, den Entwurf in allen seinen Bestimmungen zu erörtern, ich habe nur den Wunsch, einige einzelne Bestimmungen hier in Betracht zu ziehen. Man muß im Allgemeinen anerkennen, daß der Entwurf mit großer Präzision und Durchsichtigkeit redigirt worden ist, und die Begründung desselben könnte man eine nahezu vollendete nennen. — Trotzdem ist Redner mit dem Inhalte des Entwurfs in den allerwenigsten Punkten einverstanden.

Bundeskommissar Geh. Rath Kurzbium II. wendet sich gegen einige Ausführungen des Vorredners. Es sei mehrfach hervorgehoben worden, welche große politische Bedeutung die freie Advokatur habe, man sei sogar so weit gegangen, die Vermuthung aufzustellen, die Regierung fürchte die freie Advokatur. Er könne versichern, daß eine derartige Befürchtung bei der Regierung nicht vorgelegen habe. Der Abg. Windthorst habe die freie Advokatur als dasjenige hingestellt, von dem überhaupt prinzipiell auszugehen sei. Er wolle dies einmal annehmen, so komme dabei doch die Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse der Justizgesetzgebung in Betracht. Diese Rücksicht und gleichzeitig die Rücksicht auf den Justizdienst überhaupt sei es gewesen, welche zu den Beschränkungen geführt habe, die der Entwurf enthalte. Er könne bei jeder einzelnen Bestimmung des Entwurfs nachweisen, daß lediglich diese Rücksicht dafür maßgebend gewesen sei. Der Kommissar geht hierauf auf die einzelnen angegriffenen Bestimmungen der Vorlage näher ein und sucht nachzuweisen, namentlich aus den preussischen Verhältnissen, daß es, wie der Justizminister Dr. Leonhardt bereits im preussischen Abgeordnetenhaus hervorgehoben habe, in einzelnen Gegenden Preußens Richterstellen gebe, die absolut nicht zu besetzen wären, wenn nicht ein gewisser Zwang obwalte, da ein gebildeter Mensch es längere Zeit daselbst nicht aushalten könne. (Dah!) Selbst ein erhöhtes Gehalt sei nicht im Stande, Abhilfe zu schaffen. Die Lokalisierung des Advokaten sei zur Erfüllung der Residenzpflicht derselben notwendig. Der Kommissar hofft, daß das Haus sich bei den weiteren Verhandlungen davon überzeugen werde, daß alle angegriffenen Bestimmungen anzunehmen seien. Nur der Rücksicht auf das praktische Bedürfnis sei in der Vorlage Rechnung getragen, ohne jeden Hintergedanken.

Abg. Dr. Wölffson: Gestatten Sie mir, meine Herren, nur einige wenige Worte, zu welchen ich namentlich durch einige Aeußerungen des Abg. Windthorst veranlaßt werde. Das kann man ja allerdings nicht zugeben, daß das System der Zulassung mit den Anschauungen der Justizkommission übereinstimmt. Der Entwurf will aber doch das in Frage stehende Recht auf bestimmte gesetzliche Basen stellen, und dies ist für mich das Wichtigere. Es ist dadurch der Willkür nicht ein so großes Spielraum gelassen; es ist immer anzuerkennen, daß auf diese Weise die Entscheidung nicht in den Händen der Justizverwaltung liegt. Dagegen tadle ich die ungerechten Inkonsequenzen des Entwurfs, welche in der Verschiedenartigkeit der Ansichten für die Anwälte bei den verschiedenen Gerichten bestehen. Auch ich nehme ferner Veranlassung, mich gegen den § 5 in der Fassung, wie sie uns vorgelegt ist, zu erklären. Was der Regierungskommissar in dieser Richtung sagt, es stehe ja der Austritt aus der richterlichen Karriere jederzeit frei, ist nur ein schwacher Trost. Damit drängt man die jungen Leute von vornherein in die Rechtsanwalts-Karriere hinein, was ich für keinen Vortheil halte; es ist das vielmehr im höchsten Grade unpraktisch und verwerflich. Noch einen Punkt möchte ich flüchtig berühren, nämlich denjenigen des Umlaubs der Rechtsanwältinnen. Daß diese Angelegenheit in die Hände der Justizverwaltung gelegt werden soll, ist mir höchst bedenklich; darin sehe ich eine Erinnerung an die Beamtenstellung. Es ist dieselbe Sache wie in anderen Dingen: was man im Prinzip verwirft, wird praktisch eingeführt. Wenn man die Rechtsanwältinnen nötigt, einen gewünschten Umlaub nachzusuchen, dann könnte man ihnen ja auch gleich bestimmte Dienststunden geben. Daß das Ausschließrecht der Präsidenten der Oberlandesgerichte sich auch auf die Genehmigung oder Verlegung von Umlaubgesuchen erstrecken soll, will mir schlechterdings nicht gefallen. Aber es sind dies ja nur verhältnismäßig weniger bedeutende Fragen, und gern will ich Sie mit anderen Einzelheiten versehen, von denen ich glaube, daß sie im Plenum nur auf Kosten des Gesetzentwurfs selbst diskutiert werden würden. Am besten wird das in einer Kommission geschehen, der Sie den Gesetzentwurf ja wohl überweisen werden.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberatung gegeben. (Schluß folgt.)

Berlin, 12. Febr. (Zkf. Btg.) Wie authentisch verlautet, hat der Kaiser beim Empfang des Reichstags-Präsidiums nur im Vorübergehen bemerkt, er hoffe, daß der Frieden erhalten bleiben werde, keineswegs aber gesagt, daß die Situation ernst sei.

Berlin, 12. Febr. (An. Btg.) Die Lage im Orient wird noch immer friedlich aufgefaßt. In Petersburg soll eine Reaktion gegen die radikalen Absichten der Kriegspartei bemerkbar sein, was einen Ausgleich der europäischen Gegensätze und den späteren Zusammentritt einer Konferenz ermöglichen würde.

Die richterliche Amtstracht hat im preussischen Abgeordnetenhaus bei der 3. Lesung des Einführungsgesetzes zur Gerichtsverfassung nochmals zu einer Debatte geführt. § 88 lautet nach den Beschlüssen der zweiten Lesung: Richter, Staatsanwälte und Gerichtsschreiber tragen in den öffentlichen Sitzungen eine vom Justizminister zu bestimmende Amtstracht. Dieselbe Vorschriften findet Anwendung auf die in den öffentlichen Sitzungen der Oberlandesgerichte und Landgerichte auftretenden Rechtsanwältinnen. Hierzu beantragt v. Gauderer, die Amtstracht nur bestehen zu lassen, wo sie landesüblich ist. Laster beantragt: Für den Fall der Annahme des § 88 demselben folgenden Absatz hinzuzufügen: „Die Anordnung kann für die einzelnen Ober-Landesgerichts-Bezirk verschiedene getroffen werden.“ Löwenstein glaubt nicht, daß eine solche Bestimmung in ein Organisationsgesetz gehöre. Solche Bestimmungen sind auch in Ländern, wo die Amtstracht eingeführt ist, nicht gesetzlich fixirt worden, vielmehr würde sich die eventuelle Regelung der Frage im Wege des Reglements oder der Institution empfehlen. Wir haben keine Veranlassung, den

Richter auf einen besonderen Kothurn zu setzen und ihn äußerlich von den beiden Schöffen zu unterscheiden. Der Zeitpunkt zur Einführung einer Amtstracht ist ein ungeeigneter. Ein schwarzes Beinkleid und ein schwarzer Oberrock ist mindestens ein eben so würdiger Anzug, wie Robe und Barett. Im Interesse des Ansehens der Gerichte und in Rücksicht auf die Anschauung der übrigen Provinzen bittet Redner um Streichung des Paragraphen, event. um Annahme der Anträge. Gneiss weist darauf hin, daß man im Auslande Gewicht darauf lege, den Richter äußerlich durch eine ehrfurchtgebietende Kleidung von den Schöffen und dem Staatsanwalt zu scheiden, weil er andere Funktionen hat. Bei uns konnte sich bisher eine Amtstracht nicht einbürgern, weil unsere Vorfahren ein mehr schriftliches und geheimes Verfahren hatten und unser Land in viele Territorien zerrissen war. Gerade in Zeiten der politischen Kämpfe empfiehlt es sich, den Richterhand auch äußerlich als einen ehrwürdigen und unantastbaren zu kennzeichnen. In wenigen Jahren werden die anfänglichen Scherze über die Amtstracht entschieden angehört haben. v. Meyer (Arnswalde) erklärt sich gegen die neue Aeußerung Reichenspergers, daß nur der Pöbel die Amtstracht der Richter verspotten werde. Dieser Pöbel könnte ein bedeutender Theil der Bevölkerung sein, auf den man gerade mit der Amtstracht eine Wirkung erzielen will. In wenigen Jahren wird man sich allerdings an die Amtstracht gewöhnt haben, aber bis dahin wird das Ansehen der Gerichte durch den Spott schon sehr erschüttert sein. (Widerpruch.) Redner empfiehlt die Ablehnung des Paragraphen. Justizminister Leonhardt will weder für noch gegen die Amtstracht sprechen, hält aber die gestellten Anträge für ungewöhnlich. Braun (Wiesbaden) bittet, der communis opinio aller Kulturstaaten, in denen öffentliches mündliches Verfahren eingeführt ist, zu folgen und auch bei uns die Amtstracht einzuführen. Gerade in England, wo das Latenelement am meisten bei der Rechtsprechung theilhaftig ist, trägt der Richter eine Amtstracht, ohne daß sich etwas dadurch zurückgesetzt sieht. Eine Verschiedenheit kann man aber nicht zugeben; entweder verwirft man die Amtstracht überhaupt oder sie ist eine gleiche für alle Richter; sonst müßten sich dieselben bei jeder Versetzung ummaskiren. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Die Anträge Gauderer und Laster werden abgelehnt und der § 88 unverändert angenommen.

Strasburg, 12. Febr. Seine Majestät der Kaiser hat durch einen vom 9. d. M. datirten Gnadenbefehl allen elsass-lothringischen Militärpflichtigen, welche sich nicht gestellt oder sich sonst der Wehrpflicht entzogen haben, die rechtskräftig erkannten, aber noch nicht vollstreckten Strafen unter Niederlegung der Kosten erlassen, wenn sich die betreffenden Militärpflichtigen vor dem 1. September d. J. behufs Erfüllung ihrer Wehrpflicht stellen, und falls ihre Einstellung von den Ersatzbehörden angeordnet wird, im Heere oder in der Marine dienen. Ferner sollen diejenigen Militärpflichtigen, gegen welche ein rechtskräftiges Erkenntnis noch nicht ergangen ist, unter denselben Voraussetzungen und Bedingungen gleichfalls außer Strafverfolgung gesetzt werden. Dieser Erlass, welcher auf der einen Seite zeigt, welche Berücksichtigung Allerhöchsten Ortes den Wünschen des Landesauschusses, von welchem die Bitte um eine derartige Vergünstigung s. B. ausgegangen ist, zu Theil wird, bringt auf der andern Seite Hunderten von reichsständischen Familien das heiß ersehnte Familienglück wieder, indem er denjenigen jungen Männern die Rückkehr in die Heimath und zu den Jhrigen möglich macht, welche namentlich während der aufregenden Optionszeit aus Furcht vor der deutschen Heerespflicht in die Fremde hinausgeirrt sind. Wer da weiß, wie manches Vater- und Mutterherz nur noch den einen Wunsch hegte, seinen fern von der Heimath weilenden Sohn straffrei zurückzuführen zu sehen, kann die ganze Tragweite dieses Gnadenaktes erfassen.

München, 12. Febr. Der Landtag wird nochmals, und zwar bis zum 20. d. M. verlängert werden. — Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten tritt in der auf heute Abend anberaumten Sitzung, wozu sämtliche Minister geladen sind, in Beratung über das Finanzgesetz. — In Nürnberg zirkuliren seit einigen Tagen viele falsche 20- und 50-Pfennigstücke. Die Falsifikate bestehen aus Neusilber, sind mit falschen Stempeln geprägt und an der gelblichen Farbe erkennbar. Die Prägung der 50-Pfennigstücke ist mangelhaft, diejenige der 20-Pfennigstücke dagegen täuschend ähnlich nachgemacht. — In Lechhausen bei Augsburg haben die daselbst in großer Anzahl beschäftigten Metallschlagwerk-Schiffen die Arbeit eingestellt.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. Febr. Die Oesterreichische Panzerflotte nach Konstantinopel sendet, ist bereits erteilt; die Kommandanten haben die Weisung, in jedem Fall die Befehle des dortigen Botschafters einzuholen und ihnen strikte Folge zu leisten. Dem Botschafter seinerseits ist empfohlen, sich in enger Fühlung mit dem englischen Botschafter zu halten.

### Italien.

Rom, 11. Febr., Abds. Heute früh wurden im Vatikan die Mauerarbeiten in Angriff genommen, welche notwendig sind, um jede Verbindung mit dem Conclave unmöglich zu machen. Kardinal Amat wird ungeachtet seiner Krankheit am Conclave Theil nehmen.

### Frankreich.

Paris, 11. Febr. Wie das „Univers“ wissen will, hat der französische Minister des Aeußern dem französischen Botschafter beim Vatikan die strengste Neutralität bei der Papstwahl vorgeschrieben. Ob dieses begründet, muß dahingestellt bleiben. — Der von der Regierung des 16. Mai an die Spitze des Credit Foncier als Gouverneur gestellte Senator Grivaux ist seiner Stelle entlassen worden. Er gehört zu Denjenigen, welche im Senat für Buffet und dessen neueste Umtriebe stimmten. Leon Say sagte ihm, als er ihm seine Absetzung ankündigte: „Herr Gouverneur! Da ich Ihr Vertrauen nicht besitze, so werden Sie es in der Ordnung finden, daß Sie auch nicht das meine haben.“

Paris, 12. Febr. Der Minister des Innern hat an die Präfekten folgendes Rundschreiben gerichtet: Herr Präfekt! In dem Augenblick, da sich in einer gewissen An-

Zahl von Departements eine neue Wahlperiode eröffnet, habe ich es für geboten, Ihnen die Haltung, welche die Agenten der Verwaltung zu beobachten haben, in Erinnerung zu bringen. Die Regierung lehnt die Lehre von den offiziellen Kandidaturen und die Praktiken, die damit verbunden sind, entschieden ab. Aus dieser Haltungsgelge geht die strengste Neutralität und die Pflicht hervor, jede Handlung und jeden Schritt zu vermeiden, der in den Augen der Bevölkerung den Begünstigen eines Kandidaten gleichkäme. In dieser Hinsicht theile ich nicht die oft geäußerte Ansicht, daß die Regierung den Kandidaten, dessen Wahl ihr am angenehmsten wäre, zu bezeichnen die Pflicht und das Recht hat. Ohne Zweifel ist es natürlich, daß die Regierung den Wunsch hegt, die Wähler durch die Wahl, die sie treffen, ihre Anhänglichkeit zu der Republik betätigen zu sehen, und daß sie in den regierungsfreundlichen Wahlen gern den Beweis sieht, daß das Land mit dem gegenwärtigen Gang der Geschäfte einverstanden ist. Aber es steht ihr nicht zu, den Kandidaten des allgemeinen Stimmrechts zu ihrem eigenen Vortheil Zwang anzuthun, und die Beweise des Vertrauens, die ihr Seitens der Wähler zu Theil werden, vermehren nur dann ihre Stärke, wenn diese Beweise frei vom Herzen kommen. Wir haben in den Wahlsitzungen nur die eine Pflicht zu erfüllen, daß wir dem Gesetz eine strenge und unparteiische Anwendung sichern. Nur so können wir dem Lande die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Wahlen geben, nach denen es verlangt. Tragen Sie dafür Sorge, Herr Präsident, daß in Ihrem Departement nicht anders verfahren wird. Sie werden diese Weisungen zur Kenntniß der unter Ihren Befehlen stehenden Beamten bringen und mich vorkommenden Falls unverzüglich auf die Verträge aufmerksam machen, die Ihres Wissens während der Wahlperiode dargegangen wären.

Der Präsident der Republik hat im heutigen Ministerrath die Ernennung des Hrn. Christophle zum Direktor des Crédit foncier an Stelle des Hrn. Grivart unterzeichnet. Der Anschlag des Senats für das Gesetz über die Kolportage, der heute gewählt wurde, besteht aus fünf Mitgliedern der Linken, den Hrn. Verhaud, Raboulaye, Barthélemy Saint-Hilaire, Ferrouillat, Malens, und vier Mitgliedern der Rechten, den Hrn. de Colombet, Fournier, de Navignan und Tailhand.

Die Legitimisten des Senats, in deren Namen Hr. Chesnelong heute gegen den Artikel Rochefort's im „Réveil“ über das Conclave hätte Beschwerde führen sollen, haben beschlossen, diesen Schritt bis nach der Todtenfeier für Pius IX. zu vertagen.

### Rußland.

Ueber die vermuthete politische Tendenz des gegen General Trepoff verübten Attentats bringen russische Blätter weitere Andeutungen. Danach hat Trepoff, der zu der panlawistischen Partei gezählt wird, seit dem Ausbruche des Krieges mit eiserner Hand alle revolutionären oder auch alle liberalen Kundgebungen unterdrückt. „Er spürte den nihilistischen Geheimbünden bis in ihre fernsten und verborgensten Schlußpunkte nach, und er war es, der jüngst erst den Prozeß gegen die 193 Nihilisten in St. Petersburg bei geschlossenen Thüren verhandeln ließ — einen Prozeß, in welchem die Angeklagten zu den allerhärtesten Strafen verurtheilt wurden, die das russische Gesetz kennt. Aller Wahrscheinlichkeit nach hängt dieses Attentat (wie auch die deutsche „St. Petersburgische Zeitung“ erwähnt) mit jenem Nihilisten-Prozeß zusammen. Wie es scheint, handelt es sich hier aber um eine gemeinsame planmäßige Verschönerung. Zu gleicher Zeit wurde nämlich eine andere Frau in dem Palais des Ministers des Innern, General Timischew, verhaftet. Sie wartete auf die Rückkunft des Ministers. Ihre Verhaftung erfolgte wegen „verdächtigen Benehmens“ und der Verdacht soll vollständig begründet gewesen sein, denn die Polizei entdeckte bei ihr eine ähnliche Waffe wie die, aus welcher die Kugeln auf Trepoff abgefeuert worden waren, und sie fand, wie es heißt, noch ganz andere Anhaltspunkte. An demselben 5. Februar aber und zur selben Stunde wie in St. Petersburg verfuhr eine Frau ein Attentat in Moskau an dem Generalgouverneur Fürsten Dolgorucki. Auch dieses Attentat mißlang. Trepoff, Timischew, Dolgorucki, drei der höchsten Würdenträger Rußlands, waren an demselben Tage, zur selben Stunde an ihrem Leben bedroht, durch Frauen bedroht! Man erzählt: der „Kruzot Moskowsky“, der geheime Nihilistenklub von Moskau, soll einen großen Plan entworfen haben, um mit einem Schlage sich der Macht in Rußland zu bemächtigen. In allen Gouvernementsstädten sollten an demselben Tage die obersten Gewaltthaber aus dem Wege geschafft werden, der Tod Trepoff's und Timischew's sollte im Centrum die Regierungsmaschine lahm legen. Der Moskauer „Kruzot“ (wörtlich „kleiner Kreis“) zählt unter seinen Mitgliedern notorisch sehr viele Damen, die theilweise der höheren Gesellschaft angehören. Das Loos, diese Attentate zu verüben, traf mehrere dieser Frauen; sie gehorchten, sie gingen entschlossen ihrem Schicksal entgegen.“

### Vermischte Nachrichten.

Der bekannte Kulturhistoriker Professor Richel zeigt an, daß sein Sohn Edvert am 16. Dez. v. J. in der Brandung der Rikhe von Pabellon de Rica (Peru) beim Umschlagen des Bootes seinen Tod fand.

Am 11. Febr. Im unteren Moskowien werden seit einiger Zeit Untersuchungen bei den Weinberg-Besitzern angestellt, welche in den letzten 10 Jahren Neben aus der mit der Reblaus befallenen Rebschule der Gegend Simon in dem benachbarten Platidies bezogen haben. Bei diesen Untersuchungen konnte jedoch bis jetzt das Vorhandensein des Insektes nicht festgestellt werden. Kommen des Frühjahr, zur Zeit, wo die Eier zur Entwicklung kommen, sollen die Untersuchungen fortgesetzt werden. In Platidies scheint es gelungen zu sein, die Phylogera auf einen kleineren Flächenraum zu beschränken. Ob durch die getroffenen Maßregeln der gefährliche Feind der Neben vollständig vernichtet worden ist, wird sich erst kommenden Frühjahr zeigen. Wie wir erfahren, sind von den Gegend Simon nach Süddeutschland, speziell Baden in den letzten Jahren keine größeren Nebenfundungen ausgeführt worden.

Ein größlicher Raub- und Doppelmord fand am Montag Abend gegen 9 $\frac{1}{2}$  Uhr im Geschäftslokale und in der Wohnung des als sehr

wohlhabend bekannten, im eigenen Hause, Ecke der Deaf- und Elisabethgasse in Neupetz etablierten Bittualienhändlers Ferdinand Bajor statt. Als nämlich am Dienstag Morgen der Bäcker das Gebäck brachte, fand er die Gewölbthür zugelehnt, aber unverschlossen. Dies fiel ihm bei dem sonst so pünktlichen Bajor auf, und als er im Gewölbe Blutspuren erblickte, alarmirte er die Nachbarschaft, welche Zeuge eines furchtbaren Anblicks wurde. Mit durchschnittener Keule lag der 65 Jahre alte Bittualienhändler, ein hochgewachsener, kräftiger Mann, im Gewölbe auf dem Boden und aus einem neben der Leiche befindlichen Zuderhute folgte man, daß er sich mit diesem wehren wollte. An der Thürschwelle der Küche lag seine 40 Jahre alte Frau, die offenbar ihm zu Hilfe eilen wollte, von mehreren Messerschlägen durchbohrt, ebenfalls als Leiche am Boden. Eine Cousine des ermordeten Ehepaars, eine ältere Person, von deren Erbsinn die Raubmörder wahrscheinlich nichts wußten, fand man, an allen Gliedern zitternd, in ihrem Zimmer eingeschlossen. Laut Aussage derselben sind die Thäter in Bauertracht gekleidete Männer gewesen, welche unter dem Borwande, Schnaps und Brod zu kaufen, das Gewölbe gegen 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends betreten. Sie hatte zwar einen Hilferuf gehört, doch lähmte ihr die Furcht alle Glieder und sie getraute sich kein Lebenszeichen von sich zu geben. Es ist ein Raub an Geld und Pretiosen in Höhe von etwa 1500 fl. konstatirt. Die Raubmörder, drei an der Zahl, sind bereits abgefaßt und haben eingehende Geständnisse abgelegt. Der Hauptthäter, ein 18jähriger Schlächterlehrling, heißt Rozja.

### Nachricht.

† Rom, 12. Febr. Das Telegramm des „Daily Telegraph“, die Kardinalwürde hätten mit 30 gegen 10 Stimmen jeden Gedanken einer Verjüngung mit Italien verworfen, ist pure Erfindung. Diese Frage zu entscheiden steht nur dem Papste zu. Auch heute ist ungeheurer Jubel um die Besetzung der Leiche, die seit heute bis morgen Abend verschoben. Das Skutinium des Conclaves findet in der Sixtinischen Kapelle statt. Die Kardinalwürde Simor, Mihailovic, Katscher und Schwarzenberg sind bereits eingetroffen.

† London, 12. Febr., Abends. Es ist jetzt eine weitere Folge der diplomatischen Korrespondenz über die orientalische Frage veröffentlicht worden. In einer Depesche des britischen Botschafters in Petersburg, Kostus, an Derby vom 9. d. wird die Antwort Gortschakoff's mitgetheilt, welche letzterer auf das Telegramm Derby's vom 7. d. betreffend die Besetzung Tschatalja's durch die Russen und den Rückzug der Türken von den Linien von Tschelmedje ertheilte; danach erklärte Gortschakoff: er habe noch keine positiven Mittheilungen über die Details der Waffenstillstands-Konvention erhalten und müsse hinzufügen, daß alle Fragen, welche die zwischen den türkischen und russischen Behörden vereinbarte Demarkationslinie betreffen, ausschließlich die Kriegführenden angehen.

† London, 12. Febr., Abends. Im Oberhaus antwortete Derby auf eine Anfrage Grandville's: Er hoffe dem Hause am Donnerstag mittheilen zu können, daß die Flotte unweit oder vor Konstantinopel sich befinde. Alle Mächte hätten in die Konferenz eingewilligt; die einzige Schwierigkeit, die indeß, wie er glaube, nicht erheblich sei, befände noch hinsichtlich des Ortes der Konferenz. Ueber die Bewegung der russischen Truppen wisse er nur das, was Gortschakoff's Zirkular konstatirt. Frankreich und Italien hätten die Entsendung ihrer Flotten suspendirt, vermuthlich weil sie den Fernan nicht erhalten hätten.

Im Unterhaus erklärte Northcote auf Anregung von Wolff's: Auf die Depesche Derby's vom 31. Jan., in welcher letzterer seine Genugthuung darüber ausdrückte, daß Gortschakoff nichts dagegen habe, den Artikel betreffend die Dardanellen in den Friedensbedingungen zu unterdrücken, sei noch keine Antwort Rußlands eingetroffen. Ferner kündigte Northcote auf Veranlassung von Cartwright an, daß der diplomatische Schriftwechsel bezüglich Griechenlands demnächst vorgelegt werden würde. Auf eine Anfrage Gordons erwiderte Unterstaatssekretär Bourne: die von Schawaloff im vergangenen Juli an Derby mitgetheilten Friedensbedingungen seien in vertraulicher Weise überliefert und deßhalb nicht zur Veröffentlichung geeignet; eine solche habe überdies jetzt keinen praktischen Zweck mehr.

† London, 13. Febr. Gestern war Kabinetssrath. — Der „Morning Post“ zufolge hielten gestern 20 bis 30 Deputirte eine Versammlung im Carlton-Klub ab, um ein Meeting vorzubereiten, worin der Regierung Unterstützung in einer einzigen, festen Politik zugesagt und unbegrenztes Vertrauen zu Beaconsfield ausgesprochen werden soll. Die vorgeschlagene Resolution erhielt später im Unterhause gegen 60 Unterchriften.

† London, 13. Febr. Die „Morning Post“ hört, die konservativen Parlamentarier wollen Derby ihr Vertrauen entziehen, falls er sich nicht unbedingt der Politik Beaconsfield's anschließen sollte.

† London, 13. Febr. Im Arsenal von Sheerness fangen heute alle Arbeiter an, zu verlängerter Arbeitszeit zu arbeiten. Neue Arbeitskräfte wurden massenhaft angenommen, um die Vollendung von vier Kanonenbooten zu beschleunigen. Die für die türkische Marine gebaute Panzerkorvette wurde heute von den Docken nach Sheerness gebracht. Vorbereitungen werden getroffen, um die Garnison von Portsmouth in der Thematik völlig auszurüsten. Auch in Portsmouth arbeiten über 3000 Arsenalarbeiter über die gewöhnliche Arbeitszeit und es sind auch hier zur schnellsten Vollendung der Kriegsschiffe eine Menge neuer Kräfte engagirt. — Die im Oberhause eingebrachte Rinderpest-Bill verbietet nicht die Einfuhr von Vieh aus Rußland, noch Rindvieh aus Deutschland und Belgien, sondern überträgt dem Geheimrath die Befugniß, die Vieheinfuhr zu verhindern aus Ländern, wo die Rinderpest herrscht. Alles fremde Vieh wird in diesem Falle in bestimmten Landungshäfen geschlachtet, ausgenommen wenn es befehrt der Fucht oder zur Ausstellung eingeführt wird. Die Bill passirte die erste Lesung.

× Konstantinopel, 11. Febr. (Indirekt.) In der Kam-

mer erklärte Besh Pascha, er werde derselben innerhalb vier Tagen die Friedensbedingungen mittheilen. Theßalien werde von den griechischen Truppen geräumt. Falls die britische Flotte in die Dardanellen einlaufe, werde die Regierung dagegen protestiren und die ganze Verantwortung dieses Schrittes England zuschieben. — Anlässlich der Steuererhebung sind in der Provinz Damaskus Unruhen ausgebrochen; mehrere Notabeln von Damaskus sind nach dem Innern des Landes verbannt. Der neue Gouverneur von Syrien geht morgen auf seinen Posten ab. Die Lage Syriens wird als eine kritische angesehen. Der russische Dragoman Onou ist hier eingetroffen.

× Athen, 12. Febr. Depeschen von der theßalischen Grenze melden, daß Therkessien und Wajchi-Bozaks Domoklo plünderten und in den umliegenden Ortschaften unter der christlichen Bevölkerung ein Blutbad anrichteten.

× St. Petersburg, 12. Febr. Der „Agence Russe“ zufolge findet die Zirkulardepesche Gortschakoff's die volle Billigung der Presse und des Publikums. Dasselbe Organ erklärt die Nachricht für unbegründet, daß vom Petersburger Kabinet eine Stadt zweiten Ranges als Konferenzort vorgeschlagen worden sei; die Regierung habe sich vielmehr darauf beschränkt, die Ausschließung der großen Hauptstädte bei der Wahl des Konferenzortes als wünschenswerth zu bezeichnen.

× Wien, 12. Febr., Abends. Ein der „Polit. Corr.“ aus Konstantinopel vom heutigen (über Athen) zugegangenes Telegramm berichtet: Ein türkisch-russischer Separatvertrag ist abgeschlossen, welcher neben Stipulationen bezüglich des künftigen Verhältnisses der Pforte zu Rußland auch die Abtretung eines Theiles der türkischen Kriegsmarine an Rußland als theilweise Kriegsschadigung festsetzt und ferner die Zustimmung der Pforte zur eventuellen Cession eines Theiles der Dobrudscha an Rumänien enthalten soll.

× Paris, 13. Febr. Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel von heute: Die englische Flotte passirte die Dardanellen und fuhr in das Marmarameer ein.

### Frankfurter Kurztzettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 13. Febr., die übrigen vom 12. Febr.)

Staatspapiere.			
Deutsche 4% Reichs-Anleihe	95 $\frac{1}{2}$	Geserr. 4% Goldrente	62 $\frac{1}{2}$
Breuchen 4 $\frac{1}{2}$ % Oblig. Thir.	104 $\frac{1}{2}$	Geserr. 5% Papierrente	58 $\frac{1}{2}$
Baden 5% „ „ „	103 $\frac{1}{2}$	Burg 4% Oblig. Thir. v. 1870	—
„ 4 $\frac{1}{2}$ % „ „ „	102 $\frac{1}{2}$	Rußland 5% Oblig. v. 1870	—
„ 4% „ „ „	95 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
„ 4% „ „ „	95 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
„ 3 $\frac{1}{2}$ % „ „ „	94 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
Bayern 4 $\frac{1}{2}$ % Obligat. „	101	„ „ „ „ „	—
„ 4% „ „ „	—	„ „ „ „ „	—
„ 4% „ „ „	94 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
Württemberg 5% Obligat. „	103 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
„ 4 $\frac{1}{2}$ % „ „ „	101 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
„ 4% „ „ „	95 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
„ 4% „ „ „	95 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
Raffan 4% Obligationen „	95 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
Gr. Hessen 4% Obligat. „	97 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
Geserr. 5% Zinsrente	56 $\frac{1}{2}$	„ „ „ „ „	—
Zins 4 $\frac{1}{2}$ %	—	„ „ „ „ „	—

Aktien und Prioritäten.			
Reichsbank	155 $\frac{1}{2}$	5% Donau-Dran	54 $\frac{1}{2}$
Babische Bank	103	5% Franz-Josef-Prior.	78 $\frac{1}{2}$
Deutsche Vereinsbank	78	5% Kronpr. Rudolfs-Prior.	—
Pariserbank	105	von 1867/68	67 $\frac{1}{2}$
Geserr. Nationalbank	669	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 1868	64 $\frac{1}{2}$
Geserr. Kredit-Aktien	186 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	74 $\frac{1}{2}$
Rheinische Kreditbank	84 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
Deutsche Esstebank	107 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
3 $\frac{1}{2}$ % Präh. Mar. Bahn 500 fl.	114 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
4% Präh. Mar. Bahn 250 fl.	83 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	217 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	63 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	90 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	—	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	147 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	205 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	54	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	—	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	76 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	69 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	71 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—

Anleihenloose und Prämienanleihe.			
5 $\frac{1}{2}$ % Preuss. Präm. 100 fl.	137 $\frac{1}{2}$	Deut. 4% 250 fl. Loose 1864	98
5% „ „ „ „ „	—	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	110 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	123 $\frac{1}{2}$	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	121	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	140	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	81.80	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	142	5% „ „ „ „ „	—
5% „ „ „ „ „	26.20	5% „ „ „ „ „	—

Wechselkurse, Gold und Silber.			
London 10 Pf. St. 2 $\frac{1}{2}$	203.60	Ducaten	9.50—55
Paris 100 Frs. 2 $\frac{1}{2}$	81.10	20-Francs-St.	16.18—22
Wien 100 fl. 4 $\frac{1}{2}$	163.90	Engl. Sovereigns	20.30—35
Disconto	4 $\frac{1}{2}$ %	Russische Imperial	16.65—70
Holländ. 10-fl.-St.	16.65	Dollars in Gold	4.16—19

**Tendenz: schwächer.**

Berliner Börse. 13. Februar. Kreditaktien 374.50, Staatsbahn 434.—, Lombarden 127.50, Disc. Commanbit 114.70, Reichsbank 155.70. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 13. Februar. Kreditaktien 217.50, Lombarden 155.—, Anglobank 91.50, Napoleonsbör 9.58. Tendenz: still.

New-York, 13. Februar. Gold (Schlingkurs) 102.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 11.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

**Großherzogl. Hoftheater.**

Donnerstag, 14. Febr. 1. Quartal. 23. Abonnementsvorstellung. Die Favoritin, Oper in 4 Akten, von Donizetti. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Freitag, 15. Febr. Keine Vorstellung.

